

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 119 (1993)
Heft: 29

Artikel: Riesenschweine stopfen das Finanzloch
Autor: Kreis, Boris / Rapallo [Strebel, Walter]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-612892>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

VON BORIS KREIS

Ohne vorher das Parlament oder das Volk zu konsultieren, hat die Landesregierung grünes Licht für die Erforschung und Produktion von Tieren und Pflanzen mit verändertem Erbgut gegeben. Dies mit der Begründung, die Gentechnologie biete der Medizin grosse Chancen, sichere der Bevölkerung langfristig die Ernährung und fördere die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft.

Ist die bundesrätliche Absichtserklärung ein beipielloser Akt politischer Weitsicht und manifestiert sich darin ein noch nie dagewesener Führungsanspruch der Regierung? Das Gegenteil ist der Fall! Der Bundesrat ist der Industrie auf den Leim gekrochen und hat sich deren Interessen untergeordnet. Und dies keineswegs nur, um der Bevölkerung im Ernstfall die Kartoffeln im Keller zu garantieren. Viel wichtiger ist dem Bund das eigene Hemd: die

Bundeskasse. Diese aufzufüllen ist derzeit oberstes Gebot. Um ehrgeizige Projekte wie NEAT, Bahn 2000 und Swissmetro verwirklichen zu können, bedient sich die Landesregierung nun der Natur. Und beutet sie grenzenlos aus.

Wird nämlich der Patentschutz auf Lebewesen – also auf Tiere, Pflanzen und der einst vielleicht sogar Menschen – ausgedehnt, verdient nicht nur die chemische Industrie daran, sondern auch der Bund. Dass er kräftig mitkas-

sieren wird, beweist die Zahl der beim europäischen Patentamt hängigen Patentgesuche für transgene Lebewesen: Seit der Patentierung der Krebsmaus sind deren 80 hängig.

Der Bundesrat ist in Not

Dank einer largeren Zulassungspraxis stieg die Zahl der Gesuche auch in der Schweiz: Das Patentamt der Eidgenossenschaft – es soll inskünftig als «Profitcenter» geführt werden – könnte seinen Umsatz

Linke stemmen sich gegen den Bundesrat ...

«Es ist unbegreiflich, dass der Bundesrat Patente auf Leben nur aufgrund eines «Aussprachepapiers» diskutieren und bejahen kann», kritisieren linke Organisationen und Tierschutzkreise. Der Bundesrat habe sich an Parlament und Volk vorbeigeschmuggelt und einen Entscheid gefällt, der den wirtschaftlichen Interessen der Industrie absolute Priorität einräume und die zahlreichen Bedenken aus Kirchen-, Umweltschutz- und Drittweltkreisen übergehe. «Zum grossen Glück gibt es noch die Genschutz-Initiative, um den Bundesrat bei seinem Flirt mit der chemischen Industrie und ihren Interessen noch zur Raison zu bringen», schreibt die SP und bläst gleich zum Angriff: «Es ist höchste Zeit, den verharmlosenden Interpretationskünsten unserer Landesväter den Riegel zu schieben.» Womit gesagt ist, dass die Landesmutter, Bundesrätin Ruth Dreifuss, den Entscheid der Magistraten nicht mitträgt.

also erheblich steigern und somit die marode Staatskasse sanieren.

Der Schweiz und deren Inassen, es ist hinlänglich bekannt, geht es schlecht. Immer schlechter. In der Bundeskasse, darüber täuschen selbst die beträchtlichen Goldreserven der Nationalbank nicht hinweg, klafft ein riesiges Loch. Finanzminister Otto Stich ist nicht zu beneiden, muss er doch die ausgabefreudigen Mitregierenden immer wieder zurückpfeifen und gleichzeitig horrende Summen freigeben, um teuer eingekaufte Chefbeamte wieder in die Wüste zu schicken. Angesichts dieser desolaten Situation ist es verständlich, dass der Bundesrat nach neuen Einnahmequellen sucht. Verständlich ist auch, dass die im Schussfeld der Kritik stehende Gen-Industrie, vertreten durch die Gen-Suisse, das Gespräch mit der Regierung nicht nur gesucht hat, sondern dort auch auf ungewöhnlich offene Ohren gestossen ist. Hinter dem spektakulären Entscheid, transgene Lebewesen patentieren zu lassen, steht eine Allianz zwischen Regierung und Industrie – eine unheilige.

Unheilig ist sie, weil der sonst so moralinsaur politisierende Bundesrat – in Sa-

chen Aidspolitik dank Bundesrat Cotti und dessen merkwürdigen «Beratern» aus psychosektiererischen Kreisen durchaus christlichen und anderen Werten verpflichtet – urplötzlich sämtliche ethisch-moralischen Scheuklappen ablegt und zur Offensive wider die Natur bläst. Und dies allein aus dem Willen heraus, die offensichtlich hungernde Bevölkerung am Leben zu erhalten und die im Schatten Europas stehende Wirtschaft zu fördern.

Der Bund stellt die Versuchskaninchen

Allein aus diesem Willen heraus? Eben nicht! Auch der erhoffte Mehrumsatz an Patentgesuchen reicht nicht aus, um die magistrale Gen-Euphorie zu erklären. Dahinter stecken handfestere Pläne. Solche, die

zur langfristigen Gesundung der Bundesfinanzen führen (könnten): In geheim abgehaltenen Gesprächen haben die Gen-Suisse und der Bundesrat beschlossen, eine enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Genforschung einzugehen: Der Bundesrat erlaubt landesweit die (grenzenlose) Genforschung an Lebewesen und erhält – als gewinnträchtiges Gegengeschäft für den politisch mutigen Entscheid – den Auftrag, die manipulierten Wesen zu testen. Eine willkommene Arbeitsbeschaffung für die eidgenössische Materialprüfungs-Forschungsanstalt (EMPA), die ihrerseits wirtschaftlich angeschlagen ist und an Auftragsmangel leidet.

Derzeit sind tagtäglich Heerscharen von unter dem Existenzminimum lebenden Schweizerinnen und Schweizern bei der EMPA in Dübendorf zum (reichlich gedeckten) Mittagstisch geladen: Sie testen die ersten gentechnisch veränderten Kartoffeln, sind laut EMPA aber «wohlau». Und werden sich wohl angesichts wachsender (Wohlstands- respektive Gen-Bäuche) freiwillig für weitere Versuche zur Verfügung stellen. Ein weiteres Mosaiksteinchen! Der Bund stellt die Kaninchen für die Gen-Versuche und ent-

Bundesrat befürwortet Patent auf Leben:

Riesenschweine stopfen das Finanzloch

Seit Ende Juni ist es klar: Der Gentechnologie werden in der Schweiz keine Grenzen mehr gesetzt. Mit seiner Absichtserklärung, den Patentschutz auf Lebewesen auszuweiten, hat der Bundesrat ein klares Zeichen gesetzt.



... und provozieren die grosse Regierungskrise

Wieder einmal pinkeln die Sozialdemokraten ihren Regierungskollegen ans Bein. Und provozieren so die nächste Regierungskrise: «Wir haben es langsam satt, gemeinsam gefällte Entscheide nachträglich immer vor der destruktiven Linken verteidigen zu müssen», heisst es bei den bürgerlichen Parteien. Wenn die Genossen Sandalenträger und Körnchenpicker gegen mutierte Superschweine seien, müssten sie «konsequent sein und aus dem Bundesrat austreten».

lastet somit Arbeitslosenkas-
sen und Fürsorge. Künftig
werden die Testpersonen in
Dübendorf zu ihrem Kartof-
felstock auch Schweinsbraten
von Riesenschweinen, wie sie
bereits in den U.S.A. ge-
züchtet werden, geniessen oder
auch nur beurteilen können.

«Reine Horror- vorstellungen»

Für die Gen-Industrie sind die
in der Öffentlichkeit vorhan-
denen Vorstellungen von gen-
technisch manipulierten Le-
bewesen reine «Horrorvorstel-
lungen», die «ein völlig fal-
sches Bild» entwerfen: «Trans-
gene Tiere werden sich immer

nur in einzelnen Eigenschaf-
ten vom unveränderten Tier
unterscheiden», schreibt ein
Vertreter der chemischen In-
dustrie in der NZZ vom 21.
Juni 1993. Und spricht damit
ganz klar auf die amerikani-
sche Sau an. Ihre einzige Ab-
artigkeit: Sie ist ein Mehrfaches
grösser als das Schwein von
Mutter Natur. Dergestalt mu-
tiert, ermögliche sie der Indu-
strie wichtige neue Resultate,
die für den Fortbestand der
Menschheit von eminenter
Wichtigkeit sein könnten,
nein sind: «Beim Einsatz sol-
cher Tiermodelle handelt es
sich um neue Methoden, die
vor einigen Jahren nur be-

schrieben werden konnten.»

Wozu also bloss beschrei-
ben, was sich auch testen lässt?
Der Bundesrat hat erkannt,
wie wichtig es ist, Riesen-
schweine, gentechnisch ver-
änderte Kartoffeln und Ge-
treidepflanzen auf ihre Ver-
träglichkeit hin zu überprüfen
und die Resultate – gegebe-
nenfalls via EMPA – entspre-
chend zu gewichten. Was sol-
che «Produkte» tatsächlich be-
wirken könnten, ist der Regie-
rung in Bern egal. Denn eines
weiss sie aus Forschungsbe-
richten genau: Der Plan Wah-

Kirchen: Widersprüchliche Haltungen

Kritik am bundesrätlichen Entscheid äussern nicht nur Linke und Tierschützer, sondern auch die evangelische Landeskirche. Sie hält in einer Stellungnahme fest, die Menschen hätten kein Recht, Lebewesen gentechnisch zu verändern und Tiere wie Produkte patentieren zu lassen. Der Bundesrat habe sich mit seiner Absichtserklärung klar auf die Seite naturverachtender Industrieller geschlagen und somit gegen die Präambel «Im Namen Gottes» verstossen. Ganz anders lautet die Stellungnahme aus dem Bistum Chur: Bischof Haas teilt die Meinung des Bundesrates und begrüsst in einer Pressemitteilung insbesondere, «dass die Fleischversorgung dank der in Amerika gezüchteten Riesenschweine langfristig gesichert ist». Gerade angesichts des Hungers in der Welt müsse zum Fleischberg Sorge getragen werden. Überdies, so Bischof Haas, sei die Gentechnologie nicht verwerflich, solange sie nicht ausserehelich und ohne den Segen der Kurie vorgenommen werde.

len bleibt einzigartig punkto
geistiger und patriotischer Ge-
nialität. Und ist nach wie vor
der wichtigste Bestandteil des
neuen Verteidigungskonzep-
tes. Wie aus dem EMD verlau-
tet, bleibt die Kartoffel ein
«wichtiges strategisches Mit-
tel» gegen den Hunger in Kri-
senzeiten. Womit, angesichts

der neuen Bedrohungslagen
nicht nur Krieg, sondern aller-
lei moderne Katastrophen ge-
meint sind, wie das EMD be-
tont.

Ein weiterer Grund für den
Bundesrat, die Gentechnik zu
fördern, ist die Tatsache, dass
genmanipulierte Lebewesen
nichts bewirken, wenn sie

richtig eingesetzt werden! Die
Krebsmaus zum Beispiel hat
laut Florianne Koechling, Ko-
ordinatorin der Schweizeri-
schen Arbeitsgruppe Gen-
technologie (SAG), nichts zur
Eindämmung der Krankheit
Brustkrebs beigetragen. Viel-

mehr sei eine Untersuchung
des amerikanischen Bundes-
rechnungshofes zum Schluss
gekommen, die Krebs-Maus
habe sich sogar kontraproduk-
tiv ausgewirkt, weil viele For-
schungsgelder einseitig auf
diese Projekt konzentriert
worden seien und die Mittel
für Alternativen fehlten.

Den Bundesrat aber küm-
mern solche Erkenntnisse
nicht. Hauptsache für ihn ist,
dass geforscht wird im Land
der Eidgenossen. Und dass
dereinst verkehrtsresistente
Igel die Autobahn überqueren,
der Staat im Sozialbereich ent-
lastet wird und die Bevölke-
rung satt und zufrieden ist.



Gen-Versuche als Sozialhilfe: Reich-
gedeckter Mittagstisch bei der EMPA